

ANALYSE ET COMMENTAIRE DE TEXTES OU DOCUMENTS EN ALLEMAND

Durée: 6 heures

Analysez et commentez, **en allemand**, les six documents suivants:

DOCUMENT 1

Herbert Brücker, Migrationsforscher am Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in Nürnberg (IAB) und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bamberg.

"Wir brauchen ein modernes Einwanderungsrecht"

Deutschlandradio Kultur, 21.3.2015, Moderation: Martin Steinhage.

[...] **Deutschlandradio Kultur:** In welcher Größenordnung müssten denn in den kommenden Jahren qualifizierte Einwanderer zu uns kommen, um die Folgen des demographischen Wandels auffangen zu können, also die Probleme einer alternden Gesellschaft?

5 **Herbert Brücker:** Wir werden es durch Zuwanderung nicht völlig schaffen. Es ist so, dass wir eine Nettozuwanderung bräuchten von 400.000 Personen, um das Erwerbspersonenpotenzial, also das Arbeitsangebot, konstant zu halten. Aber weil der Anteil der Älteren in der Bevölkerung permanent zunimmt, also die Lebenserwartung steigt, und dadurch steigt das Verhältnis von Rentnern zu denjenigen, die im Erwerbsleben stehen, reicht das nicht aus, dass wir das Erwerbspersonenpotenzial konstant halten. Das heißt, es müsste eigentlich steigen, damit dieses Verhältnis konstant bleibt.

10 Das ist durch Zuwanderung realistischerweise nicht zu erreichen. Da bräuchten wir eine Nettozuwanderung am Anfang in der Größenordnung von 500.000 bis 600.000, am Ende von achthunderttausend Personen pro Jahr. Das wird es nicht geben. Aber insofern müssen wir uns darauf einstellen, dass Zuwanderung zwar erheblich dazu beitragen kann, das demographische Problem zu bewältigen, aber das Verhältnis von Arbeitenden zu Nichtarbeitenden wird zurückgehen. Und wir werden auf jeden Fall den Sozialstaat und die Rentensysteme
15 anpassen müssen. [...]

Deutschlandradio Kultur: Bundesinnenminister de Maiziere [sagt], wir sind sehr gut aufgestellt. Wir brauchen kein Einwanderungsgesetz. Wir haben ja das alles schon. Und Deutschland sei hoch attraktiv für Ausländer. – Wie nah ist er da an der Realität nach Ihrer Einschätzung?

20 **Herbert Brücker:** Er ist sehr weit weg von der Realität. Wir können uns ja angucken, wie die Zahlen sind. Ein Drittel der Zuwanderer kommt aus Drittstaaten. Das schließt ja sogar Flüchtlinge mit ein. Von den Menschen, die aus Drittstaaten kommen, kommen zehn Prozent über einen wie auch immer gearteten Arbeitsmarktzugang. [...]

25 Das bedeutet, dass 90 Prozent auf anderen Wegen reinkommen. Und diese 90 Prozent integrieren wir sehr schlecht in den Arbeitsmarkt. Dort beginnen alle unsere Integrationsprobleme. Das heißt, man kann an den nackten Zahlen sehen, es funktioniert nicht.

30 **Deutschlandradio Kultur:** Ich vermute mal, dass vor allen Dingen konservative Politiker beim Thema Einwanderung auch deswegen immer sehr zögerlich und zurückhaltend sind, weil sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, dass die Neuankömmlinge den bereits hier Lebenden die Jobs wegnehmen. – Was sagen Sie zu dem weit verbreiteten Argument, man solle doch erstmal hierzulande mehr Frauen ins Berufsleben holen und zudem gering Qualifizierte nachschulen und ausbilden? Und wenn man das alles getan und erledigt hat, dann kann man gucken, was man noch braucht.

35 **Herbert Brücker:** Ja, das ist eine schwierige Frage. Es ist so, dass wir grundsätzlich natürlich alle inländischen Potenziale nutzen sollten, auch um den demographischen Wandel zu bewältigen. Aber ich sage mal eine Hausnummer: Wenn wir eine Frauenerwerbsbeteiligung hätten wie in den skandinavischen Ländern, wenn wir die Rente mit 67 einführen, dann steigt das Erwerbspersonenpotenzial um etwa 1,5 Millionen. Es geht aber,

wenn wir keine Zuwanderung haben, um etwa 18 Millionen Personen zurück.

Das heißt, Zuwanderung ist für den Arbeitsmarkt der wesentlich größere Hebel im Vergleich zu der Mobilisierung der inländischen Potenziale. Trotzdem ist die Mobilisierung der inländischen Potenziale wichtig.

40 Der zweite Punkt: Es ist ein großes Missverständnis anzunehmen, dass die Arbeitslosigkeit sinkt, wenn wir keine Zuwanderung haben, oder umgekehrt, wenn die Zuwanderer kommen, die Arbeitslosigkeit steigt und die die Jobs wegnehmen. [...] Also, der Punkt ist, die Verlierer der Zuwanderung sind die Ausländer, die schon im Lande leben. Der große Gewinner wäre die einheimische Bevölkerung, weil die sich auf andere Arbeitsmarktsegmente konzentriert. Bei denen sinkt die Arbeitslosigkeit und steigen die Löhne. Also, ganz anders als häufig angenommen wird, profitieren die deutsche Bevölkerung und der durchschnittliche deutsche Wähler von der

45 Zuwanderung.

Deutschlandradio Kultur: Vielen Dank, Herr Brückner.

DOCUMENT 2

Erste Beratung der Zoll- und Handelsverträge mit Österreich-Ungarn, Italien und Belgien.

Graf Georg Leo von Caprivi, Reichskanzler, Sitzung im Reichstag am 10. Dezember 1891.

[...] Ich glaube nicht, dass man leugnen kann, daß zwischen Wohlstand und Sittlichkeit gewisse Beziehungen bestehen, und daß die Sittlichkeit in den unteren Klassen bis zu einem gewissen Grad einen steigenden Wohlstand zur Voraussetzung hat. Mit der Industrie hängt ja der Arbeiterstand auf das engste zusammen, und wir würden unsere Pflicht vernachlässigt haben, wenn wir beim Abschluß dieser Verträge nicht die Möglichkeit, unseren Arbeiterstand zu erhalten, leistungsfähig zu erhalten, ins Auge gefaßt hätten. Es kommen dabei zwei Momente zur Sprache ; einmal, billigere Lebensmittel zu schaffen. Soweit das, ohne die staatlichen Interessen, die höheren staatlichen Interessen zu gefährden, geschehen konnte, haben die verbündeten Regierungen eine Reihe von kleinen Maßregeln eintreten lassen. Sie haben diejenige Herabsetzung der Zölle für Lebensmittel vorgenommen, die sie für zulässig hielten. Ich erachte aber für viel wesentlicher für die Erhaltung und für das Gedeihen des Arbeiterstandes, daß ihm Arbeit geschaffen werde.

5

10

Wenn dies nicht die wesentlichere Frage wäre, so würde der Andrang unserer ländlichen Arbeiter in die Städte und nach dem Westen gar nicht zu erklären sein. Unser Westen hat unausgesetzt Preise für unentbehrliche Lebensmittel, die so viel höher sind als im Osten, daß, wenn man diese Preise miteinander vergleicht und sie absolut nimmt, man meinen sollte, es müßte im Westen eine fortwährende Teuerung da sein. Daß trotzdem die Menschen so gern nach dem Westen gehen, hat seinen Grund darin, daß sie die lohnendere Arbeit den billigeren Lebensmittelpreisen voranstellen.

15

Lohnende Arbeit wird aber, wenn diese Verträge zur Perfektion kommen, gefunden werden. Wir werden sie finden durch den Export; wir müssen exportieren: entweder wir exportieren Waren oder wir exportieren Menschen. Mit dieser steigenden Bevölkerung ohne gleichmäßig zunehmende Industrie sind wir nicht in der Lage, weiter zu leben. [...]

20

Rudolf Arndt (Hrsg.): Die Reden des Grafen von Caprivi im Deutschen Reichstage, Preußischen Landtage und bei besonderen Anlässen. 1883-1893. Ernst Hofmann & Co, Berlin 1894, p. 177-178.

DOCUMENT 3

Wie ich Deutsche wurde

[...] Mein Vater beschloss, für sich, mich und meine Schwester die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen und die türkische abzulegen, damit es keinen Staatsakt mehr bedeutete, wenn wir einmal einen anderen europäischen Staat besuchen wollten. Die Einbürgerung wiederum schien in unserem Fall nicht besonders schwierig zu sein, jedenfalls war mein Vater bei den notwendigen bürokratischen Formalitäten ganz in seinem

- 5 Element, und mir fiel erst gegen Ende der Prozedur eine Aufgabe zu: Ich hatte den „Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse“ zu erbringen. Dazu war es erforderlich, auf dem Rathaus einen Lebenslauf in deutscher Sprache und in „nicht-tabellarischer“ Form zu verfassen. [...]
- Einige Monate später wurden mir ausreichende deutsche Kenntnisse bestätigt und die Einbürgerung angekündigt. Ich war sehr stolz, auch wenn es leider keine Note für den nichttabellarischen Lebenslauf gab.
- 10 Aber den größten Triumph feierte ich auf französischem Boden. Eine weitere Frankreichreise überschneit sich mit der Ausstellung des deutschen Passes, und so stand ich ein letztes Mal in der Schlange des französischen Konsulates. Und wieder überschlug sich die Schalterbeamtin vor Gastfreundschaft.
- „Was wollen Sie in Frankreich?“
- „Meine Klasse unternimmt eine Studienfahrt nach Paris.“
- 15 „Sie wollen doch bestimmt dort bleiben.“
- „Nein, danke, ich muss danach wieder in die Schule.“
- „Erzählen Sie mir doch nichts, Sie wollen natürlich in Frankreich bleiben und sich eine Arbeit suchen.“
- „Nein, ich bin siebzehn Jahre alt, ich gehe noch zur Schule, und mein Vater verdient genug, um mich mit durchzufüttern.“
- 20 „Ja, das sagen sie alle, und dann suchen sie sich Schwarzarbeit in Frankreich.“
- Die Frau zuckte nervös mit den Augenbrauen, haute den letzten Stempel in meinen Pass und knallte ihn mir über die Theke.
- Ich überlegte kurz. Ich hatte mein Visum in der Hand, meine Einbürgerung stand direkt vor dem Abschluss. Ich würde diese Frau nie mehr brauchen. „Alors“, sagte ich freundlich lächelnd in meinem besten Schulfranzösisch,
- 25 „ich erkläre Ihnen das noch einmal. Ich lebe in Deutschland, und ich lebe gern hier, und ich kann hier eine Menge Deutsche Mark verdienen. Was soll ich denn mit Ihren lächerlichen Francs?“ Und dann drehte ich mich um und stolzierte aus dem französischen Konsulat. Ich war nie wieder dort. In Paris aber schon.

Iris Alanyali, *Die Blaue Reise und andere Geschichten aus meiner deutsch-türkischen Familie*, Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg, 2006, p. 11-15.

DOCUMENT 4

Die Kosten der Flüchtlingsaufnahme kennt keiner

Von Detlef Fetchenhauer, Michael Hüther, 09.11.2015, www.welt.de.

Einige Beobachter fühlen sich bemüßigt, auf die wirtschaftlichen Vorteile hinzuweisen, die die Aufnahme von Flüchtlingen bringen wird. Das ist voreilig. Niemand kann die Zukunft vorausberechnen.

- 5 Die Massivität des Flüchtlingszustroms bestimmt nahezu alle Debatten. Die Ökonomen streiten über die volkswirtschaftlichen Vor- und Nachteile. Dabei wird häufig vergessen, dass Flüchtlinge nicht einer gesteuerten Arbeitsmigration folgen, sondern aufgrund lebensbedrohender Gefahren ihre Heimat verlassen. Die Aufnahme hierzulande folgt humanitären Gründen und beruht grundsätzlich auf der Erwartung, dass bei einer Besserung der Lage in der Heimat eine Rückwanderung stattfindet. Integrationskurse waren deshalb bislang für Flüchtlinge nicht offen und eine Integrationsperspektive nicht systematisch gegeben.

- 10 Die ökonomische Frage nach den Integrationspotenzialen ist gleichwohl berechtigt, darf sich aber nicht auf eine simple Nutzen-Kosten-Rechnung beschränken. Denn so elementar die Einfädelung der Flüchtlinge in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt ist, so sehr gilt auch, dass Integration mehr bedeutet, nämlich die Einbindung in die kulturellen Traditionen und Errungenschaften unseres Landes.

- 15 Die steigende Erwerbstätigkeit seit 2011 hat sich weitgehend aus der arbeitsmarktbedingten Zuwanderung aus der Eurozone und der gezielten Migration aus Drittstaaten gespeist. Infolge der im Vergleich zur heimischen Bevölkerung überdurchschnittlichen Bildung dieser Migranten war damit eine Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens der bereits hier lebenden Menschen verbunden. Das heimische Arbeitskräftereservoir war hingegen weder hinreichend flexibel noch passend qualifiziert.

Über die Qualifikation der Flüchtlinge wissen wir nicht viel, doch alles deutet auf eine im Durchschnitt eher

20 geringe Bildung und berufliche Qualifikation hin. Das galt bereits für die in den früheren Jahrzehnten zugewanderten Flüchtlinge, deren Einbindung in den Arbeitsmarkt bis heute unterdurchschnittlich ist. So ist es richtig, alles zu tun, um die Bildungs- und Erwerbsintegration der Flüchtlinge zu ermöglichen.

Die Flüchtlinge sind aber nicht Ersatzspieler für die Deutschen, wie das von Marcel Fratzscher an dieser Stelle benutzte Beispiel der Fußball-WM 2014 nahelegt. Es werden hingegen durch die Zuwanderung neue Mannschaften entstehen und die Liga wird sich verändern. Wer sich auf enge Nutzen-Kosten-Argumentation einlässt, der muss auch die Frage nach den Alternativen stellen.

Und dann kommt man schnell in moralische Untiefen, vergleicht man Flüchtlingsmigration mit gesteuerter Zuwanderung. Ohnedies geht die Nutzensimulation nur auf, wenn der Arbeitsmarkt aufnahmebereit ist. Das ist an Voraussetzungen in der Regulierung und der Lohnstruktur gebunden, die nicht per se erfüllt sind.

30 Man ist gut beraten bei Analysen zwischen *Sollen* und *Sein* zu unterscheiden. Viele Studien zeigen, dass dies den meisten Menschen intuitiv schwer fällt. So sind Personen, die aus moralischen Gründen gegen die Todesstrafe sind, meist davon überzeugt, dass diese keine abschreckende Wirkung habe. Umgekehrt sind Menschen, die Todesstrafen für ethisch notwendig halten, davon überzeugt, dass sie mögliche Täter abschreckt. Beides hat logisch nichts miteinander zu tun.

35 Dies gilt auch für die aktuelle Debatte über die ökonomischen Konsequenzen der Flüchtlingskrise. Aus der Überzeugung, dass Deutschland aus moralischen Gründen Flüchtlinge aufnehmen sollte, lässt sich logisch nicht ableiten, dass diese zumindest mittelfristig ökonomisch ein Gewinn für Deutschland sind. Ebenso wenig wie sich politisch und moralisch ableiten lässt, Deutschland solle keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen, falls diese dauerhaft eine ökonomische Belastung darstellen.

40 Zudem zeigt mancher Kommentar die Neigung, die historisch-gesellschaftliche Bedingtheit ökonomischer Entwicklungen auszublenden. Welche wirtschaftlichen Konsequenzen der aktuelle Flüchtlingszustrom hat, hängt an vielen politischen Faktoren und lässt sich aus ökonomischen Überlegungen alleine nicht vorhersagen. Eine große Aufgabe wie diese muss auch umfassend bewältigt werden. Das aber ist mehr Vision als Realität.

Detlef Fetchenhauer ist Professor für Wirtschafts- und Sozialpsychologie an der Kölner Universität. Michael Hüther ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

DOCUMENT 5

Das Integrationsgesetz – nur viel Rauch

Karl Brenke, *DIW Wochenbericht*, Nr. 16, 20.4.2016 (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung).

Das willkommenskulturelle Stimmungshoch ist gewichen, die deutsche Politik ist in die Mühen der Tiefebene abgestiegen. Gerade haben sich die Regierungsparteien auf Eckpunkte eines Integrationsgesetzes geeinigt. Naturgemäß feiern sich die beteiligten Parteien selbst. Der Bremer Bürgermeister spricht sogar von einem „historischen“ Schritt, weil nun endlich Regeln für die Einwanderung aufgestellt würden. Abgesehen davon, dass die Einwanderung nach Deutschland schon längst klar geregelt ist (durch die Freizügigkeit für EU-Bürger, die Blue-Card-Richtlinie für Arbeitskräfte aus Drittstaaten und das Asylgesetz beziehungsweise das Grundgesetz für Asylsuchende), geht es in dem Eckpunktebeschluss überhaupt nicht um Zuwanderung generell, sondern allein um Flüchtlinge. Es mag allerdings sein, dass Zuwanderungspolitik inzwischen mit Asylpolitik gleichgesetzt wird. Überdies: Bei einer gesteuerten Zuwanderungspolitik muss erst gar nicht an Integrationsgesetze gedacht werden – wie die klassischen Einwanderungsländer lehren.

10 Nach dem Eckpunktebeschluss sollen die Asylbewerber zur Teilnahme an Integrationsmaßnahmen (etwa Sprachkursen) verpflichtet werden. Es ist nicht nur offen, ob der Lernerfolg tatsächlich durch Sanktionen gefördert werden kann, sondern auch, ob überhaupt in hinreichendem Maße die nötigen Kurse bereitgestellt werden können. Denn es ist durchaus sinnvoll, dass Asylbewerber mit einer großen Anerkennungschance möglichst früh die deutsche Sprache lernen. Zum einen bessern sich dadurch ihre Beschäftigungschancen, zum anderen werden Fixpunkte in ihrem Tagesrhythmus gesetzt, der ansonsten durch Nichtstun bestimmt ist. Wenig

überzeugend ist dagegen der Plan, den Flüchtlingen Orientierungskurse zur Wertevermittlung anzubieten. Denn Werte sind das Resultat eines Sozialisationsprozesses. Flüchtlinge sind keine leeren Blätter, die sich einfach mit den gewünschten Werten beschreiben lassen. Wer es dennoch glaubt, ist naiv.

- 20 Nachdem erst Anfang letzten Jahres die Residenzpflicht für Asylbewerber weitgehend aufgehoben wurde, soll sie nun für alle Schutzbedürftigen – somit wohl auch für Personen mit einem Aufenthaltstitel – eingeführt werden. Man will durch deren gleichmäßigere Verteilung eine weitere Ghettoisierung in Regionen mit hoher Unterbeschäftigung verhindern. Das ist in der Tat nötig. Ob sich das Vorhaben aber umsetzen lässt, bleibt abzuwarten. Denn Zuwanderer zieht es dorthin, wo schon viele ihrer Landsleute leben. Aus ökonomischer Sicht
25 wäre eine Einschränkung der Mobilität fatal, denn die Arbeitskräfte sollten dorthin gehen können, wo sich die besten Beschäftigungschancen bieten.

- An erster Stelle der Planungen für ein Integrationsgesetz steht ein Arbeitsmarktprogramm, das aber nur in der Schaffung zusätzlicher gemeinnütziger Beschäftigung besteht. Wenn es sich hierbei um sinnvolle Tätigkeiten handelt, könnten sie auch in Form regulärer Jobs ausgeübt werden. Geht es jedoch lediglich um eher nutzlose
30 Beschäftigung, kann man auf sie getrost verzichten. Den Teilnehmern an den entsprechenden Maßnahmen vermitteln sie nur das Gefühl, untergebracht zu sein – nicht aber gebraucht zu werden. Auch lässt sich der Lebensunterhalt nicht mit einem Ein-Euro-Job bestreiten. Aber vielleicht geht es ja um etwas anderes. Im nächsten Jahr sind Bundestagswahlen; eine anziehende Arbeitslosigkeit infolge der Asylwanderung wäre für die Koalitionsparteien nicht gerade schmückend. Und Personen, die an Maßnahmen teilnehmen, werden nicht als
35 Arbeitslose gezählt. Es ginge dann um ein Programm zur Verschönerung der Statistik. Mit Blick auf die Integration wäre das aber egal, denn sie lässt sich ohnehin nicht erzwingen – auch nicht per Gesetz.

DOCUMENT 6

3 Außenwanderung

3.2 Wanderungen über die Grenzen Deutschlands 2014 nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten

Erdteil Herkunfts-/bzw. Zielgebiet	Zugezogene			Fortgezogene			Saldo					
	Insgesamt	Deutsche	Nicht- deutsche	Insgesamt	Deutsche	Nicht- deutsche	Insgesamt	Deutsche	Nichtdeutsche			
Europa	1 081 155	73 423	1 007 732	713 242	89 451	623 791	+	367 913	- 16 028	+	383 941	
OECD-Länder ¹⁾	596 871	64 948	531 923	444 425	83 641	360 784	+	152 446	- 18 693	+	171 139	
Belgien	6 099	1 977	4 122	5 329	2 150	3 179	+	770	- 173	+	943	
Bulgarien	77 790	415	77 375	44 491	401	44 090	+	33 299	+	14	+	33 285
Dänemark	3 517	855	2 662	3 642	1 249	2 393	-	125	- 394	+	269	
Estland	1 176	64	1 112	936	78	858	+	240	- 14	+	254	
Finnland	2 605	221	2 384	2 422	321	2 101	+	183	- 100	+	283	
Frankreich	23 307	6 000	17 307	19 518	6 357	13 161	+	3 789	- 357	+	4 146	
Griechenland	31 687	1 085	30 602	17 221	858	16 363	+	14 466	+	227	+	14 239
Irland	2 919	723	2 196	2 354	937	1 417	+	565	- 214	+	779	
Italien	73 361	2 973	70 388	36 304	2 472	33 832	+	37 057	+	501	+	36 556
Kroatien	44 240	397	43 843	17 327	467	16 860	+	26 913	- 70	+	26 983	
Lettland	7 445	89	7 356	5 826	94	5 732	+	1 619	- 5	+	1 624	
Litauen	8 464	120	8 344	6 244	121	6 123	+	2 220	- 1	+	2 221	
Luxemburg	3 651	653	2 998	2 822	848	1 974	+	829	- 195	+	1 024	
Malta	274	113	161	315	175	140	-	41	- 62	+	21	
Niederlande	14 300	2 873	11 427	11 678	3 418	8 260	+	2 622	- 545	+	3 167	
Österreich	19 293	7 009	12 284	21 438	10 789	10 649	-	2 145	- 3 780	+	1 635	
Polen	197 908	6 982	190 926	138 680	6 254	132 426	+	59 228	+	728	+	58 500
Portugal	11 961	806	11 155	8 603	803	7 800	+	3 358	+	3	+	3 355
Rumänien	191 861	930	190 931	116 729	838	115 891	+	75 132	+	92	+	75 040
Schweden	4 335	1 015	3 320	4 575	1 811	2 764	-	240	- 796	+	556	
Slowakei	15 435	152	15 283	11 286	167	11 119	+	4 149	- 15	+	4 164	
Slowenien	6 864	119	6 745	4 003	157	3 846	+	2 861	- 38	+	2 899	
Spanien	41 091	6 715	34 376	24 151	6 155	17 996	+	16 940	+	560	+	16 380
Tschechische Republik	12 957	731	12 226	8 831	899	7 932	+	4 126	- 168	+	4 294	
Ungarn	57 280	841	56 439	41 024	1 093	39 931	+	16 256	- 252	+	16 508	
Vereinigtes Königreich	18 576	5 903	12 673	19 234	8 707	10 527	-	658	- 2 804	+	2 146	
Zypern	1 100	169	931	497	150	347	+	603	+	19	+	584
EU-Länder (EU 28)	879 496	49 930	829 566	575 480	57 769	517 711	+	304 016	- 7 839	+	311 855	
EU-Länder (EU 15) ²⁾	256 702	38 808	217 894	179 291	46 875	132 416	+	77 411	- 8 067	+	85 478	
Island	334	59	275	286	97	189	+	48	- 38	+	86	
Norwegen	1 973	865	1 108	2 266	1 298	968	-	293	- 433	+	140	
Schweiz	18 437	12 024	6 413	25 881	19 930	5 951	-	7 444	- 7 906	+	462	
Türkei	27 805	4 303	23 502	31 941	6 793	25 148	-	4 136	- 2 490	-	1 646	
Albanien	13 094	58	13 036	2 867	46	2 821	+	10 227	+	12	+	10 215
Bosnien und Herzegowina ..	20 605	113	20 492	13 231	144	13 087	+	7 374	- 31	+	7 405	
Kosovo	20 012	183	19 829	5 729	159	5 570	+	14 283	+	24	+	14 259
Mazedonien	14 727	77	14 650	9 346	79	9 267	+	5 381	- 2	+	5 383	
Moldau, Republik	3 530	78	3 452	1 099	26	1 073	+	2 431	+	52	+	2 379
Russische Föderation	23 352	4 219	19 133	14 494	2 300	12 194	+	8 858	+	1 919	+	6 939
Serbien	39 828	253	39 575	24 227	255	23 972	+	15 601	- 2	+	15 603	
Montenegro	2 318	35	2 283	850	35	815	+	1 468	-	+	1 468	
Ukraine	13 527	990	12 537	4 305	290	4 015	+	9 222	+	700	+	8 522
Außereuropäisches Ausland ..	375 494	46 469	329 025	186 096	49 082	137 014	+	189 398	- 2 613	+	192 011	
Afrika	75 313	6 006	69 307	27 435	5 134	22 301	+	47 878	+	872	+	47 006
Amerika	67 799	18 825	48 974	60 698	22 801	37 897	+	7 101	- 3 976	+	11 077	
Asien	224 889	18 010	206 879	90 135	16 302	73 833	+	134 754	+	1 708	+	133 046
Afghanistan	12 567	270	12 297	1 989	172	1 817	+	10 578	+	98	+	10 480
China	25 285	2 832	22 453	16 387	2 859	13 528	+	8 898	- 27	+	8 925	
Indien	21 304	842	20 462	12 766	828	11 938	+	8 538	+	14	+	8 524
Irak	8 615	1 432	7 183	3 752	1 262	2 490	+	4 863	+	170	+	4 693
Iran	7 199	340	6 859	2 711	380	2 331	+	4 488	- 40	+	4 528	
Libanon	4 959	746	4 213	1 786	640	1 146	+	3 173	+	106	+	3 067
Pakistan	8 528	504	8 024	2 570	417	2 153	+	5 958	+	87	+	5 871
Syrien	64 952	247	64 705	2 779	56	2 723	+	62 173	+	191	+	61 982
Australien und Ozeanien	7 493	3 628	3 865	7 828	4 845	2 983	-	335	- 1 217	+	882	
Übrige	8 075	2 303	5 772	14 903	10 103	4 800	-	6 828	- 7 800	+	972	
Insgesamt	1 464 724	122 195	1 342 529	914 241	148 636	765 605	+	550 483	- 26 441	+	576 924	

¹⁾ Ohne die außereuropäischen OECD-Länder Australien, Japan, Kanada, Mexiko, Korea Republik, Neuseeland, Chile, Israel und die Vereinigten Staaten.

²⁾ Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor der Ost-Erweiterung 2004: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Vereinigtes Königreich, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien.

Source: Statistisches Bundesamt, 2016, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Wanderungen 2014, Fachserie 1, Reihe 1.2, Wiesbaden, Tableau 3.2.